

Notizen aus der Landessynode Frühjahrstagung 8.-10.3. 2012 auf dem Schönblick, Schwäbisch Gmünd

mit der Bitte um Weiterleitung an die Bezirkssynodalen und Kirchengemeinderäte

Gedenktag für verfolgte Christen

Zu Beginn der Tagung kamen Christen in anderen Ländern in den Blick. Ein Bericht einer Reise des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung nach Russland und die Schilderung der Situation der Christen dort, die besorgniserregende Situation der verfolgten Christen in Syrien etc. beschäftigten uns, und wir folgten gerne der Bitte des Landesbischofs um ein Gebet für verfolgte Brüder und Schwestern.

In diesem Zusammenhang wurde als Gedenktag für verfolgte Christen nicht nur wie bisher der Stephanustag, der 26.12. festgelegt, sondern auch der Sonntag Reminiszenz in der Passionszeit. So erhofft man sich mehr Aufmerksamkeit als an den meist anders besetzten Weihnachtsfeiertagen für dieses schwierige und unbequeme Thema, das aber so wichtig ist und für die verfolgten Schwestern und Brüder ein Trost und eine Hilfe, wenn sie bei uns nicht vergessen sind. Arbeitshilfen mit Fürbitten sollen den Umgang damit erleichtern und auch Prädikanten und Prädikantinnen zur Verfügung gestellt werden.

Willow Creek- ein Modell für die Zukunft?

Kontrovers diskutiert wurde der Willow-Creek-Kongress und diese Form der „Kirche“. Die Teilnahme an diesem Kongress wurde für Pfarrerinnen und Pfarrer als Fortbildungsmaßnahme finanziert. Die Voten reichten von totaler Begeisterung über die Perfektion der medialen und musikalischen Darbietungen bis hin zu großer Kritik am Menschenbild von Willow Creek und der Vorstellung von Machbarkeit von Kirche. Aber eine Mehrheit scheint einzelne Themen übernehmen zu wollen oder hat bereits Elemente übernommen, wie beispielsweise das Modell für Kinderkirche „Promiseland“ oder die Art der Mitarbeiterführung.

Der Haushaltsplan der Landeskirche wird neu geordnet

Schon länger hat die OK die Forderung nach einem übersichtlicheren Haushaltsplan gestellt (unser Antrag stammt von 2009), in dem die Dezernate und die Fachausschüsse deckungsgleiche Bereiche im Haushaltsplan haben. Nun ist der OKR darauf eingegangen. Bisher war es den jeweiligen Fachausschüssen kaum möglich, den Überblick für die Budgets ganz unterschiedlicher Dezernate zu behalten, schon gar nicht im großen Ganzen Ziele zu setzen und Geld anders zu verteilen. Durch das neue Konzept ist ein besseres Zusammenwirken und eine größere Transparenz möglich. Jeder Arbeitsbereich bzw. Budget werden jetzt jeweils einem Fachausschuss zugeordnet. Dieser wird über Ziele, Maßnahmen, geplante Mittel und Ausgaben informiert. Jeweils im Herbst soll der Haushaltsplan nach Aufgabenbereichen durchgegangen werden, und so eine stärkere inhaltliche Debatte ermöglicht werden. Dies wurde von der Synode sehr begrüßt. Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Inge Schneider forderte außerdem noch den Überblick über erreichte und nicht erreichte Ziele und die Diskussion und Dokumentation der Ergebnisse. Eine Arbeitsgruppe für die Umsetzung wird eingesetzt. So könnte schon 2014 der Haushaltsplan der Landeskirche in dieser neuen Form erscheinen.

Für die Haushalte der Gemeinden ist diese Neugruppierung übrigens nicht relevant, bzw. in der Bausteinplanung schon teilweise umgesetzt.

Die Notfallseelsorge soll einheitlich geregelt werden

Der OKR legte ein Eckpunktepapier zu diesem Thema vor, das über Rundschreiben verbreitet werden soll. Darin wird festgestellt, dass Notfallseelsorge Teil des Dienstauftrages ist. Vieles bleibt darin aber vage und ist mit „kann“ und „soll,“ Bestimmungen versehen. Eine kontroverse Diskussion über den Dienst und die mögliche Kompensation bei Einsätzen schließt sich an, die auch zeigt, wie unterschiedlich die Notfallseelsorge in den Kirchenbezirken gehandhabt wird und dass viele offene Fragen bleiben.

Kein Jahresthema für 2013

Der Ältestenrat lehnt für 2013 das vorgeschlagene Jahresthema für die Landeskirche „Beten und Arbeiten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung,“ ab - nicht aus inhaltlichen, sondern pragmatischen Gründen. Die Gemeinden sind mit den bisherigen Themen ausgelastet, teils auch ermüdet, 2013 ist außerdem durch Pfarrplandiskussion und Kirchenwahlen schon mehrfach belegt.

Förmliche Anfragen zur Friedensarbeit, Studiengebühren an kirchlichen Hochschulen, zur Situation im Ostkongo und zur Kindersegnung

wurden vom Oberkirchenrat beantwortet. Die Landesregierung hat die Abschaffung von Studiengebühren durchgesetzt, darin sind allerdings die kirchlichen Hochschulen nicht enthalten. Sie können erst dann aus Studiengebühren verzichten, wenn das Land entsprechende Zuschüsse wie für die staatlichen Hochschulen zusagt, was bisher noch nicht zugesagt ist. Es werden weiter Verhandlungen geführt, um auch für die kirchlichen Hochschulen auf Studiengebühren verzichten zu können. Zur Kindersegnung hielt OKR Heckel fest, dass Kinder nicht oft genug gesegnet werden können, allerdings nicht als Einzelsegnung im Gottesdienst als Ersatzhandlung für eine Taufe. Dagegen werden Segnungsgottesdienste, die für alle offen sind, vom OKR begrüßt.

Erhellende Ergebnisse für die kirchliche Arbeit von der neuen Sinusstudie erwartet

Prof. Dr. Hempelmann vom Zentrum Mission in der Region stellte die Arbeit der neuen Sinusstudie 2010 vor, die gemeinsam mit der badischen Landeskirche für ganz Baden-Württemberg erstellt werden soll. Deren Ergebnisse wird die Synode in ihrer Herbsttagung zur Kenntnis nehmen. Sie könnte interessante Einblicke in die Struktur unserer Gemeinden geben und neue Impulse für die Gemeindefusionen geben, um mehr oder andere Milieus zu erreichen oder auch bei Gemeindefusionen helfen, die Strukturen, Chancen und Gefahren zu erkennen. Es werden bereits Multiplikatoren geschult, die beratend in Gemeinden und Bezirken tätig werden können. Die Balance zwischen Ansprechen und Anpassen, Eingehen auf andere Milieus und der Treue gegenüber Tradition und Bekenntnis wird neu gefunden werden müssen.

Evangelisch in Württemberg

Die Synode wird in ihrer Sommertagung einen Schwerpunkttag „Evangelisch in Württemberg“ erleben, auch in Vorbereitung des Kirchentags in Stuttgart 2015 und das Reformationsjubiläum 2017.

Ombudsstelle gegen sexuelle Gewalt wird eingerichtet

Wir haben sehr begrüßt, dass ein von unserer Synodalen Ruth Bauer eingebrachter Antrag auf Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch in unserer Landeskirche und die Einrichtung eines Hilfsfonds einstimmig verabschiedet wurde. Damit hat eines unserer wichtigen Anliegen für mehr Gerechtigkeit gesprächskreisübergreifend große Zustimmung gefunden.

Neuregelung des Pfarrdienstrechtes erneut diskutiert – vieles bleibt erhalten

Erneut wurde das neue Kirchliche Gesetz zur Regelung des Pfarrdienstrechtes diskutiert. Es soll nun das bisherige Württembergische Pfarrergesetz als „Kirchliches Gesetz zur Ausführung und

Ergänzung des Pfarrdienstgesetzes der EKD“ gelten. So werden viele Besonderheiten unseres bewährten Pfarrergesetzes in Württemberg bewahrt. Dieser Gesetzesentwurf wurde an den Rechtsausschuss verwiesen. Nach genauer Prüfung der einzelnen Veränderungen wird die Synode erneut diskutieren.

Das aktive Wahlrecht wird von 16 auf 14 Jahre gesenkt.

Mit knapper Mehrheit stimmte die Synode für ein kirchliches Gesetz zur Änderung der Wahlordnung, wodurch das aktive Wahlalter auf 14 Jahre gesenkt wird. Das passive Wahlrecht bleibt bei 18 Jahren. Es wurde auch unser Antrag zu Ersatzkandidaten oder -kandidatinnen diskutiert, die im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes nachrücken könnten. Zurzeit rückt ja der/diejenige Kandidat/in nach, der oder die die nächst meisten Stimmen in der Wahl hatte, ungeachtet der Gesprächskreiszugehörigkeit. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Miteinander Kirche sein - Inklusion als Herausforderung für die Gemeinde

Immer mehr Behinderteneinrichtungen gehen dazu über, ihren Klienten ein wohnortnahes und dezentral es Leben zu ermöglichen. Wie können sich Gemeinden darauf einstellen und ein barrierefreies und inklusives Miteinander ermöglichen? (siehe auch Bad Bollers Denkanstöße vom 11. März 2011 nach der UN-Behindertenrechtskonvention.) Der diakonische Ausschuss wird dazu weiterarbeiten.

Einrichtungssicherungsfond errichtet

Einmütig wie selten stimmte die Synode für die Errichtung eines Einrichtungssicherungsfonds, in den vier Parteien (Landeskirche, Mitglieder, Diakonisches Werk und Mitarbeitende je 9 Mio. Euro einzahlen, um für mögliche Insolvenzen diakonischer Träger innerhalb des diakonischen Werks Württemberg gewappnet zu sein und rasch reagieren zu können. Auch für diakonische Einrichtung gibt es ein Rating analog der uns ständig erreichenden Nachrichten über das Rating einzelner Staaten. Danach liegen knapp 30% diakonischer Einrichtungen in der Risikozone und brauchen möglicherweise bald Hilfe. Mit der finanziellen Unterstützung geht ein Krisenmanagement und Beratung einher.

Neustrukturierung der Kirchenbezirke

In der Herbsttagung der Landessynode hatten wir mehrheitlich den OKR auf Anregung der OK beauftragt einen Entwurf für eine Landkarte der Kirchenbezirke 2030 und Kriterien für die Lebensfähigkeit eines Kirchenbezirkes vorzulegen. OKR Duncker referierte dazu aus einem Gutachten das bereits in den 70er Jahren(!) in Auftrag gegeben wurde. Damals wurde empfohlen im Wesentlichen die Kirchenbezirksgrenzen den Landkreisgrenzen anzupassen, aber innerhalb eines Landkreises mehrere Kirchenbezirke zu bilden. Dies wurde mit einigen wenigen Ausnahmen nicht umgesetzt. Als Mindestgröße nannte der OKR Zahlen die bereits der Landesbischof im Rahmen der Kürzungsdiskussion ins Spiel gebracht hatte, wonach ein Kirchenbezirk zwischen 35.000 und 70.000 Gemeindeglieder haben sollte. Als Anreiz für Kirchenbezirksveränderungen wurde ein System von von Kostenersätzen über 5 Jahren (3-5 Euro pro Gemeindeglied) in Aussicht gestellt. In der Debatte meldeten sich im Wesentlichen die Gegner zu Wort, die bereits den Antrag im Herbst abgelehnt hatten. Neben einigen anderen betonte auch Martin Plümcke nochmals die Notwendigkeit einer Veränderungen und konnte auch manche vorgebrachte Frage beantworten.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Landessynodale
gez. Pfrin. Kerstin Vogel-Hinrichs